
Antrag

der Fraktion Die Linke

GESOBAU: Senat muss für Einhaltung des Rahmenvertrags mit dem Bezirk Pankow und angemessene Kommunikation mit Mieter/innen sorgen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in seiner Gesellschafterrolle gegenüber der GESOBAU darauf hinzuwirken, dass die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft die im Mietenbündnis mit dem Senat und im Rahmenvertrag mit dem Bezirk Pankow eingegangenen Verpflichtungen zu einer möglichst behutsamen und günstigen Modernisierung einhält und in der Kommunikation mit den Mieter/innen die Herabwürdigung der Mieterinitiative Pankower Mieterprotest unterlässt.

Begründung:

In einem Schreiben der GESOBAU an sanierungsbetroffene Mieter/innen vom 28.3.2014 wird der Mieterinitiative „Pankower Mieterprotest“ vorgeworfen, durch „permanentes Kontaktieren, Unterschriftensammlungen oder Einladungen zu weiteren Mieterzusammenkünften (...)“ sowie „falsche Informationen“ Mieter/innen zu verunsichern, wodurch einige „erheblich belästigt (...) ernsthaft einen Umzug erwägen“ würden. Diese Äußerungen zu den Aktivitäten der Mieterinitiative sind nicht nur tendenziös, sie haben herabwürdigenden Charakter und sind für ein kommunales Wohnungsunternehmen untragbar. Statt aus den Fehlern ihrer verfehlten Modernisierungspolitik zu lernen, geht die GESOBAU zur offenen Denunziation kritischer Mieter/innen über. Dem müssen Senat und Abgeordnetenhaus eine klare Absage erteilen.

Für Irritation sorgt auch folgende Aussage in dem Schreiben: "Entgegen anderslautenden Aussagen einiger Mieter wird es vor Baubeginn in den einzelnen Projekten keinen runden Tisch zur Diskussion der geplanten Baumaßnahmen geben. Die in Ihrer Modernisierungsan-

kündigung aufgeführten, gebäudebezogenen Maßnahmen werden auch durchgeführt. Lediglich innerhalb Ihrer Wohnung kann es Einzelabstimmungen bei technisch machbaren und wirtschaftlich vertretbaren Alternativen geben.“ Im Rahmenvertrag mit dem Bezirk Pankow hat sich die GESOBAU zu einer behutsamen und günstigen Modernisierung verpflichtet („Die Gesobau führt die Modernisierungsmaßnahmen so behutsam und günstig wie möglich im Rahmen einer Ausschreibung durch (...)\“), was die Erörterung des Maßnahmenumfangs und von Alternativen einschließt. Auch im Mietenbündnis mit dem Senat (Abschnitt E3) ist die GESOBAU Verpflichtungen eingegangen, denen sie in ihrer derzeitigen Praxis nicht nachkommt.

Berlin, d. 08. April 2014

U. Wolf Lompscher
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke